

Herabgestuft auf offen
gem. Schreiben-Verfügung-E-haut 422
Referatsleiter 422 vom 20.02.2020 - Herr Bogler

~~VERTRAULICH~~
~~amtlich geheimgehalten~~ - (4)

422 - 350 06 De 13 NA 5

Bonn, den 13. Juli 1992

ORR Dr. Groß, 2437

Über

Herrn Gruppenleiter 42

Herrn Abteilungsleiter 4

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

13. Juli 92

Betr.: Verhandlungen zwischen Treuhandanstalt und TED-Konsortium zur Privatisierung der Raffinerie-Leuna/Minol

Im Nachgang zu Ihrem Gespräch mit ELF-Aquitaine am Freitag, 10. Juli 1992, legen wir nochmals eine zusammenfassende Darstellung der o. g. Verhandlungen vor, die sich jetzt in der entscheidenden Phase befinden. Die THA wird bei den Verhandlungen von einer US-Investmentbank und einem US-Rechtsanwaltsbüro unterstützt. Das TED-Konsortium besteht aus dem Führer Elf-Aquitaine sowie Thyssen und der Deutschen SBKauf AG (Tochter von Metro und ASKO).

1. Verhandlungstand

Nach Einschätzung der THA-Verhandlungsführer bestehen - trotz einer Reihe noch offener Vertragsdetails - "realistische Chancen" für den Abschluß des Endvertrags mit TED bis zum 22./23. Juli 1992. Der THA-Verwaltungsrat wird sich am 24. Juli mit dem Chemie-Bereich insgesamt befassen; ihm soll der Vertrag bereits zur Kenntnis (d. h. noch nicht zur Beschlußfassung) vorgelegt werden. Der Neubau der Raffinerie Leuna ist wesentliche Voraussetzung für eine rasche und erfolgreiche Privatisierung/Sanierung der gesamten chemischen Industrie im Dreieck Halle.

Die von Elf-Aquitaine als Führer des TED-Konsortiums derzeit vorgetragenen Forderungen sind zum Teil nicht Bestandteil des eigentlichen Privatisierungsvertrags zwischen THA und TED. Vieles weist darauf hin, daß Elf mit politischen Zusatzforderungen versucht, nachträglich den THA/TED-Vorvertrag vom 15. Januar 1992 "aufzubessern" (Elf erhielt im Januar den Zuschlag für Leuna/Minol, nicht zuletzt aufgrund eines Preisgebots, das weit höher lag als das des nächstbesten Bieters BP).

Die wesentlichen Elf-Forderungen werden im folgenden erläutert.

2. Subventionen (nicht Vertragsbestandteil)

Die Höhe der von Elf geforderten öffentlichen Fördermittel für die geplanten Gesamtinvestitionen von brutto von rd. 6,9 Mrd DM variierte bislang im Zeitablauf (Le Floch an BK am 20. Mai: rd. 2,4 Mrd. DM, am 22. Juni 1992 an BM Möllemann: 2 Mrd DM). Im Gespräch mit Ihnen am 10. Juli 1992 forderte Elf Subventionen von 2 Mrd DM.

Elf begründet diese Forderung mit "Vertrauensschutz-" und "Gleichbehandlungsargumenten":

a) "Vertrauensschutz":

Förderkonditionen, wie sie bei Unterzeichnung des Vorvertrags am 15. Januar 1991 bestanden (Investitionszuschuß: 23 %, Investitionszulage: 12 %) müßten auch jetzt für alle Investitionen über den gesamten Investitionszeitraum gelten.

Dazu: Eine Vereinbarung über Höhe oder Konditionen öffentlicher Fördermaßnahmen wurde im Vorvertrag nicht getroffen. Darin wird lediglich die Erwartung ausgedrückt, daß der Investor (Elf) "die normalen und angemessenen Subventionen und fiskalischen Vorteile für Projekte dieser Art" erhält. Es erscheint unwahrscheinlich, daß Elf - beraten durch die Dresdner Bank - z.B. nicht über die zeitliche Begrenzung der 12 %igen I-Zulage informiert war, deren Gewährung jetzt eingefordert wird.

b) Elf fordert "Gleichbehandlung" mit anderen Projekten von "geringerer Bedeutung" als Leuna, d.h., mit Raffinere Schwedt.

Dazu: Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) wurden für das Projekt Schwedt durch das Land Brandenburg Zuschüsse von 23 % zu den Investitionskosten von rd. 2,5 Mrd DM (= rd. 560 Mio DM) bewilligt.

Entsprechend der im Rahmenplan der GA festgelegten Höchstgrenze für förderfähige Investitionen von 1 Mio DM pro Arbeitsplatz mußte PCK Schwedt mindestens rd. 2500 Arbeitsplätze in der Betriebsstätte garantieren.

Falls diese Zahl unterschritten werden sollte, wären die Zuschüsse entsprechend zu kürzen. Zur Klärung u. a. dieser Frage steht BMWi derzeit im Kontakt mit Brandenburg.

Nach intensiven Gesprächen zwischen Sachsen-Anhalt/BMWi und Elf/Dresdner Bank konnte durch Eingliederung von Service-Bereichen der Raffinerie Leuna über Tochtergesellschaften die Zahl der förderfähigen Arbeitsplätze für das Projekt Leuna/Minol auf rd. 2500 erhöht werden (Raffinerie Leuna alleine = 700 Arbeitsplätze). Bei Anwendung der gleichen Vorschriften wie sie auch für Schwedt gelten, kann von daher ein Investitionsvolumen von rd. 2,5 Mrd DM mit knapp 600 Mio DM gefördert werden. Dies hat das zuständige Land Sachsen-Anhalt (SA) bereits zugesagt.

Die von Elf angeführten Tankstellen- und indirekt geschaffenen Arbeitsplätze sind nach GA-Rahmenplan, der gleichermaßen für Schwedt und Leuna gilt, nicht förderfähig.

Der GA-Rahmenplan wird gemeinsam durch Bund und Länder festgelegt. Ein Abweichen davon hätte Präjudizwirkung mit erheblichen finanziellen Folgewirkungen.

Fazit: Ein Ungleichbehandlung Leuna/Schwedt liegt nicht vor.

Neben den von SA bereits zugesagten I-Zuschüssen von 600 Mio DM kommt Förderung durch die 8 %ige I-Zulage in Frage. Da I-Zulagen immer nachträglich, entsprechend den tatsächlichen Neuinvestitionen (die deutlich niedriger liegen dürften, als die von Elf angegebenen 6,9 Mrd DM) gewährt werden, läßt sich zur Höhe vorab keine Zusage machen. Elf selbst rechnet mit I-Zulagen in Höhe von rd. 460 Mio DM.

Daraus ergäbe sich eine Gesamtförderung (I-Zuschüsse, I-Zulage) für das Projekt Leuna/Minol von rd. 1,1 Mrd DM.

Die "Subventionslücke" zwischen den geforderten 2 Mrd DM und den evtl. möglichen 1,1 Mrd DM von rd. 900 Mio DM soll lt. Elf durch

- Preisabschlag beim Kaufvertrag mit THA von rd. 200 Mio DM
- und zusätzlichen Subventionen von rd. 700 Mio DM geschlossen werden.

Diese Forderung ist letztlich nur durch den Wunsch begründet, den Netto-Kaufpreis für Leuna/Minol zu senken.

~~VS-VERTRAULICH~~
~~- amtlich geheimgehalten -~~

3. Minol-Autobahntankstellen (Vertragsbestandteil)

Im Vorvertrag vom 15. Januar hatte TED die Anwendung des GfN-Systems auf die Minol-Autobahntankstellen ausdrücklich anerkannt (Übertragung des Eigentums auf die GfN, die den Betreibern Belieferungsrechte entsprechend dem außerhalb von Autobahntankstellen erreichten Marktanteil einräumt).

Bei den Verhandlungen mit der THA besteht Elf bislang allerdings auf der Übertragung des Eigentums an 18 Minol-Autobahntankstellen (vgl. Vorlage vom 9. Juli). Diese Forderung stößt auf erhebliche, insbesondere wettbewerbliche, Bedenken der Ressorts (BMV, BMWi, BMF) und den Widerstand der Mineralölwirtschaft.

Im Gespräch mit Ihnen am 10. Juli 1992 hatte Elf erklärt, bei entsprechender Entschädigung auf die Eigentumsrechte verzichten zu wollen.

4. Verwaltungsgebäude Minol/Elf (kein Vertragsbestandteil)

Das Grundstück des bisherigen Minol-Gebäudes, Am Zeughaus, Berlin, wird als Standort für das deutsche historische Museum benötigt. Es blieb deshalb von vornherein bei der Privatisierung Raffinerie Leuna/Minol ausgeklammert. Als Ersatzgrundstück wurde Elf von seiten der THA das Gebäude Invalidenstraße 44 angeboten, bei dem sich THA und Bund das Eigentum teilen. Elf war damit einverstanden.

Nach Unterrichtung durch die THA Anfang Juni 1992 hat die Bundesregierung (BMWi/BMBau) klargestellt, daß einem Verkauf der Invalidenstraße 44 nicht zugestimmt werden kann; nach Überlegungen des Arbeitsstabs Berlin/Bonn wird die Invalidenstraße 44 für die Unterbringung eines großen Ressorts (evtl. BMWi) benötigt.

Am 25. Juli 1992 einigten sich BMF/BMBau/THA, die Liegenschaft Behrendstraße, Berlin-Mitte (Gendarmenmarkt), Elf als Verwaltungssitz vorzuschlagen. Da hier ein sofortiger Bezug nicht möglich ist (langfristige Mietverträge, Modernisierung) soll Elf eine Zwischenunterbringung für max. 5 Jahre in der Invalidenstraße 44, angeboten werden.

~~VERTRAULICH~~
- amtlich geheimgehalten -

Es ist noch offen, ob Elf mit diesem Vorschlag einverstanden ist. THA-Vorstand Schucht befürchtet, daß die Nichtverfügbarkeit der Invalidenstraße zu einer erheblichen Belastung der Vertragsverhandlungen führen könnte.

5. Produktenpipeline (kein Vertragsbestandteil)

Elf befürchtet, daß die von Shell u.a. geplante Pipeline für Mineralöl-Fertigprodukte Hamburg-Leuna-Dresden die Rentabilität des Raffinerie-Neubaus Leuna gefährden könnte. Mit Kabinettschluß vom 24. März 1992 hat SA, auf Vorschlag von Minister Rehberger, dann auch klargestellt, daß es kein Raumordnungsverfahren für diese Pipeline durchführen wird. Diese Entscheidung hatte massive Proteste bei Shell ausgelöst und SA in eine rechtlich und politisch schwierige Situation gebracht (evtl. Rechtsanspruch auf Durchführung des Verfahrens, evtl. Intervention der EG-Kommission).

2 Mit Schreiben vom 22. Juni 1992 fordert Elf nun auch vom - dafür unzuständigen - BMWi die Bestätigung, "daß es kurz- und langfristig gegen die Genehmigung einer Produktenpipeline ist". Als "Mindestschutzfrist" wurde das Jahr 2004 genannt.

Letztlich würde dies eine staatliche Absicherung von Monopolgewinnen für Elf bedeuten - zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit anderer Industriezweige (mehr als die Hälfte der Mineralölprodukte geht in den gewerblichen/industriellen Bereich) und der privaten Verbraucher; zudem würden Privatisierungschancen im Chemiebereich verringert (Shell ist am "Cracker" in Böhlen interessiert, dies setzt zusätzliche Produktversorgung aus dem Westen voraus).

BMWi lehnt deshalb den geforderten politischen Wettbewerbsschutz ab und sieht Lösung in einem zeitlichen Kompromiß zwischen Bau der Produktenpipeline und Inbetriebnahme des Raffinerie-Neubaus (voraussichtlich 1996) zwischen Shell und Elf. BMWi sieht auf der Zeitachse durchaus Platz sowohl für Raffinerie als auch für Pipeline. Diesen Gedanken hat jetzt auch Minister Rehberger grundsätzlich aufgegriffen.

~~STRAUKLICH~~
~~amtlich geheimgehalten~~

6. Rohöl-Versorgung der Raffinerie Leuna (kein Vertragsbestandteil)

Um eine GUS-unabhängige Ölversorgung sicherzustellen, plant Elf die Anbindung von Leuna an eine Rohölpipeline aus dem Westen, vorzugsweise aus Rostock (Alternativen: Wilhelmshaven, Triest).

Die Rostocker Lösung erfordert erhebliche Vorleistungen der Stadt Rostock, des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Bundes (u.a. BMV) zum Ausbau des Hafens und der Fahrrinne in Rostock. Zur Klärung u.a. der Finanzierungsfragen laufen derzeit Gespräche zwischen allen Beteiligten (u.a. PCK Schwedt, das über die notwendigen Wegerechte für die Pipeline aus Rostock verfügt).

7. Sonstige Verhandlungspunkte (Vertragsbestandteil)

Laut Vorvertrag soll TED von den Kosten für die Sanierung ökologischer Altlasten die ersten 30 Mio DM sowie von den nächsten 300 Mio DM 10 % tragen, (d.h. max. insgesamt 60 Mio DM). Alle darüber hinausgehenden Kosten gehen zu Lasten der THA, wobei die Verpflichtung der THA grundsätzlich auf einen Sanierungszeitraum von max. 10 Jahre begrenzt werden soll. TED wird beim Land SA Freistellung von ökologischen Altlasten beantragen.

Die konkrete Kostenaufteilung zwischen TED, THA (Bund) und SA wird von den noch zu verhandelnden Detailregelungen im Endvertrag sowie von der Bereitschaft SA zur Übernahme eines Teils der Altlasten abhängen.

Zu klären ist ebenfalls noch die Frage, in welchem Umfang die THA für die laufenden Betriebskosten der Alt-Raffinerie Leuna bis 1996 aufkommen soll.

Fazit:

Für den erfolgreichen Vertragsabschluß wird es darauf ankommen, die Verhandlungen so weit wie möglich auf der Ebene THA/TED zu belassen und dem Bestreben von Elf, "politische Junktims" herzustellen, nicht nachzugeben.

i.v. J. B.
(Kindler)

Do ist es